

Neuland!

Wie Soziale Medien die kommunale Demokratie beleben könnten – und wie nicht

Serge Embacher

Soziale Medien sind – funktional gesprochen – öffentliche Kommunikationsmedien, welche die Nutzer über digitale Technik in direkten Kontakt miteinander bringen. Mit ihrer Hilfe lassen sich in nahezu beliebiger Quantität Text-, Bild-, Audio- und Videosignale durch den tendenziell unbegrenzten virtuellen Datenraum senden, den die allseitig vernetzten Computer aufspannen und den man landläufig »Internet« nennt.

Eine besondere demokratische Qualität entspringt den Sozialen Medien durch die ihnen eigentümliche Aufhebung des Sender-Empfänger-Modells. Wo früher ein Sender (Redakteure bei Fernsehen, Zeitung, Radio und Film) an viele Empfänger Inhalte (neudeutsch: »Content«) sandte, ist jetzt potentiell jeder Empfänger zugleich auch Sender. Von der »One-to-many-Kommunikation« zur »Many-to-many-Kommunikation« führt der unumkehrbare Weg, den die sich digitalisierende Gesellschaft eingeschlagen hat. In diesem Kontext sind »neue Medien« entstanden, die – bis vor wenigen Jahren nur einer kleinen Gemeinde von »Nerds« und »Freaks« bekannt – einen scheinbar unwiderstehlichen Siegeszug durch unsere Kommunikationsverhältnisse angetreten haben.

Wo bis vor Kurzem noch blankes Unverständnis herrschte, reden wir heute wie selbstverständlich über Kollaborationsplattformen wie Wikipedia, über Blogs (Wordpress) oder Mikro-Blogs (Twitter), über Kampagnennetzwerke wie Avaaz und Campact oder soziale Netzwerke wie Facebook, Xing und LinkedIn – ganz abgesehen von Multimediaplattformen wie Youtube, Flickr und Instagram. Freilich gilt für dieses Medienensemble wie für seine Vorläufer aus der Gutenberg-Galaxis, dass man das alles nicht mitmachen muss. Und doch tragen wir alle mittlerweile mobile Endgeräte mit uns herum und damit die Möglichkeit, die neuen medialen Arrangements ohne große technische Kenntnisse oder hohe Kosten zu nutzen.

Freilich ist diese schöne neue Welt nicht durchgehend positiv oder sogar höchst ambivalent, was etwa unsere politische Kultur anbelangt. Es stellt sich mithin die Frage, ob beim epochalen Wechsel zur »Many-to-many-Kommunikation« die demokratischen Möglichkeiten nicht von den Nachteilen aufgefressen werden. Den Vorteilen wie leichte Verfügbarkeit und Zugänglichkeit, große Reichweite, Aktualität, Benutzerfreundlichkeit und Multimedialität stehen nämlich erhebliche Probleme wie der tendenzielle Zerfall der politischen Öffentlichkeit durch »Filterblasen« und unendliche Nischenbildung, eine die menschliche Reflektionsfähigkeit bei weitem überschreitende Geschwindigkeit der Kommunikation, extrem gesteigerte Komplexität und Unübersichtlichkeit und eine bedenkliche Manipulationsanfälligkeit Sozialer Medien unter den Bedingungen eines wirklich miserablen Datenschutzes gegenüber. Von »Hate Speech« und der im Internet unter dem Schutz der Anonymität weit verbreiteten gewaltsamen und auf soziale Vernichtung des Gegenübers zielende Kommunikation hat man da noch gar nicht gesprochen.

Vor diesem Hintergrund wäre es fahrlässig, Soziale Medien umstandslos als Heilsbringer einer neuen kommunalen Demokratie zu feiern. Die anfängliche Vorstellung, dass die bloße technische Machbarkeit

von Online-Prozessen die Beteiligung an Bürgerhaushalten oder anderen Formaten der Bürgerbeteiligung in ungeahnte Höhen schnellen lassen würde, war allzu naiv und realitätsfern. Heute wissen wir: Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich an kommunalen Gestaltungsprozessen, wenn sie darin einen politischen Sinn erkennen bzw. hinreichend politisiert sind. Dass Bürgerbeteiligung jetzt auch im Internet möglich ist, verändert an sich nichts an der politischen Grundhaltung und damit auch nichts an den oft mangelhaften Beteiligungsquoten.

Andererseits bedeutet diese zunächst ernüchternde Erfahrung auch nicht, dass man deswegen Soziale Medien nicht in Bürgerbeteiligungsprozessen einsetzen sollte. Man sollte sie lediglich als das betrachten, was sie sind, nämlich besondere Kommunikationsinstrumente mit einem technisch eingebauten Demokratisierungspotential (siehe oben). Den kommunalen Verwaltungen eröffnen sie auf jeden Fall ganz andere Möglichkeiten, das Verwaltungshandeln transparenter und nachvollziehbarer zu machen, immerhin eine zentrale Voraussetzung für Demokratie. Schaut man sich die Internet-Auftritte von Kommunen in Deutschland an, sieht man dort indes noch sehr viel »Web 1.0«, das heißt bloßes Stadt- oder Polit-Marketing ohne Partizipation. Man sieht aber auch viele neue Anläufe zu einer besseren Darstellung von Politik und Verwaltung mittels Sozialer Medien.

Praxis-Beispiele aus ganz Europa

Konkrete Anwendungsfälle für internetgestützte Partizipationsprozesse wären zum Beispiel der leider etwas in die Defensive geratene Bürgerhaushalt, die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Stadtplanungs- und Bauvorhaben, ein effizientes und responsives Beschwerde-Management oder auch die Ausgestaltung des Petitionswesens zu einem Instrument echter Politikgestaltung. In den letzten Jahren sind einige gute Ansätze zumindest ausprobiert worden.

So lässt die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo unter dem peppigen Titel »Madame La Maire, j'ai une idée« (»Frau Bürgermeisterin, ich habe eine Idee«) seit 2015 neue Wege der Bürgerbeteiligung via Internet entwickeln. »Für die Entwicklung einer gerechten, fortschrittlichen und nachhaltigen Stadt ist die kollektive Intelligenz unsere stärkste Macht«, sagt Madame La Maire und stellt damit zumindest eine neue Idee von Politik an den Horizont. Das, was die Politikwissenschaft »Kooperative Demokratie« nennt, wird hier in Ansätzen greifbar. Und immerhin nimmt die Stadt Paris für ihr Projekt zwischen 2014 und 2020 etwa 500 Millionen Euro in die Hand. Entscheidend wird hier sein, wie es gelingt, durch die Kombination von Online- und Offline-Formaten mehr Bürgerinnen und Bürger für das Mitmachen bei der kommunalen Demokratie zu gewinnen.

Ein anderes Beispiel stammt aus der spanischen Hauptstadt. Unter dem Motto »Decide Madrid« (»Madrid, entscheide«) gibt es dort seit 2014 eine Internet-Plattform zur Unterbreitung von Vorschlägen zur Gestaltung der Stadtlandschaft. Jeder Vorschlag kann online »geteilt« oder »geliked« werden, und wenn 2% der Madrilenen – das sind ca. 53.000 von 3,3 Millionen – ihre Unterstützung signalisieren, muss der Stadtrat den Vorschlag aufgreifen. Die Umsetzung dieser auf Dauer gestellten Volksabstimmung erweist sich allerdings als schwierig. Bislang konnte keiner der etwa 4.000 Vorschläge umgesetzt werden...

Ein letztes Beispiel aus Aachen: Dort wurde der Petitionsausschuss des Stadtrats in ein Bürgerforum umdefiniert. Die Bürgerinnen und Bürger der Kaiserstadt können jetzt via Online-Kommunikation und durch ein eigenes Nutzerkonto auf dem Portal »Mein Aachen« direkt (und für andere sichtbar) Kontakt mit Politik und Verwaltung aufnehmen. Neben dem Kontakt zum Bürgerforum lassen sich auch Beteiligungsprozesse wie Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide oder Fragen der Bauleitplanung online organisieren. Zudem ist eine direkte Ansprache der Ratsmitglieder analog zum auf Bundesebene installierten Instrument Abgeordnetenwatch möglich. Im Unterschied zur klassischen Petition, wo der Petent eine individuelle Antwort aus Politik und/oder Verwaltung erhält, ist die Antwort jetzt auch für alle anderen sichtbar und damit im öffentlichen Raum präsent.

Entwicklung noch am Anfang

Fest steht, dass wir noch ganz am Anfang der Entwicklung sind. Eine Belebung der kommunalen Demokratie durch Soziale Medien ist – wenn man die Entwicklung wohlwollend betrachtet – in Ansätzen zu erkennen. Aber auf den »Durchbruch« wartet das geneigte Publikum noch. Was man zweifelsfrei sagen kann ist, dass die Sache kein Selbstläufer ist. Einfach Soziale Medien zur Verfügung zu stellen und dann eine breite Beteiligung an Partizipationsverfahren zu erhoffen, ist unrealistisch und führt zu allgemeiner Frustration.

Vielmehr sollte man sich Gedanken über eine idealtypische Struktur für Online-Beteiligung machen. Bürgerbeteiligung muss – vielleicht noch mehr als im analogen Zeitalter – strategisch angelegt sein. Dazu würde gehören, schon die Planung von neuen Instrumenten und Prozessen partizipativ, das heißt mit den Bürgerinnen und Bürgern, zu gestalten. Außerdem müsste die Devise »Information vor Beteiligung« beherzigt werden. Bevor man den Bürgerinnen und Bürgern großartig Mitsprache in Aussicht stellt, sollte man für eine gute Informationspolitik sorgen. Und dazu sind Soziale Medien hervorragende Instrumente. Ihrer Rechenschaftspflicht können Politik und Verwaltung damit viel besser gerecht werden als im Zeitalter des Mitteilungsblatts.

Allen strategischen Überlegungen und Chancen stehen aber – gerade weil noch nicht klar ist, wohin die Reise geht – Probleme und Herausforderungen gegenüber. Dazu gehört nach wie vor die oft fehlende Motivation zur Beteiligung an Partizipationsprozessen, sei es, weil die Gestaltungsspielräume zu gering sind, weil der allgemeine »Politikfrust« im Publikum überwiegt oder schlicht, weil der Mensch des 21. Jahrhunderts zunehmend an einer Überlastung durch die Anforderungen der Arbeitswelt oder durch die mangelhafte Vereinbarkeit von Beruf und Familie leidet. Zudem herrscht in den Reihen von Politik und Verwaltung oft noch das alte Denken, das Dialogprozesse konsequent strukturiert wissen will: Zuerst dürfen die Bürgerinnen und Bürger Vorschläge machen und untereinander darüber diskutieren, dann werden externe Experten konsultiert, und erst zum Schluss kommt die Politik ins Spiel, die dann quasi autonom (statt im Modus der Kommunikationsbereitschaft) überlegt, wie sie mit den Vorschlägen verfährt. So kommt man nicht ins Gespräch, ebenso wenig dann, wenn klar wird, dass wichtige Entscheidungen durch intransparente Lobbyeinfüsse zustande kommen. Schließlich bleibt es ein (bislang) ungelöstes Problem, wie man mit dem Problem des »Cheating« (engl. »to cheat« = »betrügen, mogeln«) umgehen soll, also mit dem Umstand, dass sich Meinungsbilder im Internet durch gezielte Falschmeldungen, »alternative Fakten« und organisierte oder gar gekauften »Likes« manipulieren lassen.

Wer an neuen online-gestützten Partizipationsprozessen interessiert ist und sie für geeignet hält, die kommunale Demokratie zu stärken, der ist aufgerufen dabei mitzuhelfen, aus dem »Neuland Internet« einigermaßen vertrautes Terrain zu machen.

Anmerkungen

Dieser Beitrag war ein Impuls zur Themenwerkstatt »Internet und Soziale Medien« beim Forum Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie der Stiftung Mitarbeit am 23. September 2017 in der Evangelischen Akademie Loccum und erschien bereits im eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 10/2017 vom 18.10.2017.

Autoren

Dr. Serge Embacher lebt als Politikwissenschaftler und Publizist in Berlin. Nach dem Studium der Publizistik, Germanistik und Politikwissenschaft promovierte er mit einer Arbeit über Demokratie und Öffentlichkeit. Er hat im Deutschen Bundestag als wissenschaftlicher Referent gearbeitet und leitet beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) das Kooperationsprojekt Bürgerhaushalt.

Kontakt

Dr. Serge Embacher
Wiesbadener Straße 13
12161 Berlin
Tel.: 030 / 85 40 29
E-Mail: info@serge-embacher.de
www.serge-embacher.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de